Landtag

P r o t o k o l l

über die Verhandlungen des Landtages vom 31.Dezember 1924

Anwesend: Alle Abgeordneten, Regierungschef Schädler.

Den Vorsitz führt Präsident Dr. Beck.

Beginn 9 Uhr.

Präsident: eröffnet die Sitzung. Er setze die gestern unterbrochene Sitzung fort. Zu Art. 5 des Finanzgesetzes bemerkt er, dass gestern Büchel einen Antrag wegen der Riedentwässerung eingebracht habe, den Überschuss für diese zurückzustellen.

Wachter: Er wisse nicht, was wir vorsehen wollen, es liege nichts vor, deshalb können wir heute keine sichere Stellung nehmen.

Walser: unterstützt Wachter.

Quaderer: Walser habe gestern schon dazu gesprochen, dass wir einen Ueberschuss nicht vor Ende 1925 benützen können. Sollte sich, wie Walser sagte, ergeben, dass etwas zu machen sei, so werde etwas gemacht werden.

Präsident: lässt über den Antrag Büchel abstimmen und stellt fest, dass der Antrag mit 11 gegen 4 Stimmen gefallen sei.

Liest weiter Art. 6 (alte Zahlung 9), wie letztes Jahr.

Regierungschef: bemerkt zu Art, 7 (alt 10). Die Fassung sei ergänzt worden durch die Worte "und im Taxgesetze vom 5. Juli 1884 Nr. 5", Ohne diese Einschaltung seien nur die Stempel zu verstehen.

Präsident: Es sei vom Landgerichte etwas gekommen wegen Entschädigung an die Vermittler für die Beglaubigungen und Abänderung des Vermittlergesetzes (Erhöhung der Vermittlergebühr von 2 auf 4 Franken). Man könnte in den Art. 7 (alt 10) eine Aenderung aufnehmen.

Regierungschef: findet, dass die Vermittler schlecht gestellt seien. Er empfehle Annahme. Es mache keinen grossen Betrag aus.

Präsident: liest die Bestimmungen der Rechtssicherungsordnung vor. Er liesse die Staatsgebühr weg.

Peter Büchel: Die Sache soll zuerst klar gestellt und an die Finanzkommission gewiesen werden. Wir haben ~~und~~ gestern Gesuche

erledigt, die früher nicht gegangen seien. Wir passieren Sachen im Finanzgesetze, die zuerst in die Finanzkommission gehören. Mancher Abgeordnete sei nicht ganz klar.Nicht in allen Gemeinden seien die Vermittler gleich bezahlt.In einigen Gemeinden haben sie Gehalt und in anderen behalten sie die Gebühren.Ihm sei die Sache nicht klar. In Mauren hatten der Vermittler früher Gehalt und die Taxen mussten abgeführt werden.

Quaderer: In Schaan gehen die Taxen in die Gemeindekasse, der Vermittler werde aber bezahlt.

Präsident: Was Büchel wegen des Wortes passiert gestern sagte,sei nicht richtig, das Wort passiert sei vollkommen richtig.

Die Vorlage geht an die Finanzkommission zurück.

Regierungschef: Die Ausarbeitung des neuen Taxgesetzes haben Sekr. Nigg und Grundbuchführer Quaderer übernommen. Mit diesem Gesetze lasse sich alles regeln.

Präsident: Wenn niemand etwas einzuwenden hat, gehe er weiter. liest Art. 8 (alt 11). Man komme bei der Staatsrechnung noch darauf zurück. Man sehe dann, in welchem Masse die Ausländer zahlen und wie bescheiden die Liechtensteiner beitragen. Geklagt werde von den Inländern und bezahlen müssen die Gebühren andere.

Art. 9 (alt 12) und 10 (alt 13) passiert.

Die erste Lesung ist beendet und es beginnt sofort die

2. Lesung.

Präsident : liest die Ausgabstitel I,II,III,IV.

Titel V.

Gassner: Das Gesuch des Lawenawerkes soll an die Finanzkommission verwiesen werden.

Präsident: gibt Aufklärung, dass das Gesuch für die Steuergesetzänderung zurückgelegt werde.

Liest weiter Titel VI bis und mit XI.

Einnahmen.

Präsident: Titel I. Zurückgewiesen bis zuletzt.

liest II und mit X. XI fällt weg, XII.

Beck und Bargetze treten ab.

Marxer übernimmt den Vorsitz.

Regierungschef: Er habe gestern mit Bankdirektor Schredt unterhandelt. Die Bank sei bereit 8000 Franken zu bezahlen ohne Rücksicht auf die ausbezahlten Dividenden. Sie sei auch einverstanden, den erhöhten Mietzins schon ab 1. Jänner 1925 zu bezahlen, doch bleibe sie bezüglich der Dauer auf 4 Jahren ab 1. Juli 1925. Er habe sich dagegen gewehrt. Die Bank gab aber nicht nach und es kam schliesslich zu einer Einigung auf 4 Jahre ab 1. Juli 1925, Juni 1. T. 1925.

Marogg: Man habe gestern schon von den Vorteilen der 8000 Franken geredet, aber von den Nachteilen, die unsere Landesbank erleide, wurde nicht gesprochen. Er würde das auch noch prüfen.

Marxer : Wenn niemand mehr etwas zu sagen habe, lasse er über den Antrag der Bank abstimmen.

Regierungschef: formuliert den Antrag : Mietzins 8000 Franken jährlich ab 1. Jänner 1925, Dauer des Vertrages 4 Jahre ab 30. Juni 1925.

Wachter : Er sehe es nicht gern, dass durch ein Privatinstitut ein Landesinstitut geschädigt werde. Ob wir aber die Schäden aus der Welt schaffen, wenn wir die Bank aus dem Regierungsgebäude weisen ? Einen Teil ja, aber alles können wir nicht hindern. Er stimme, wenn auch nicht gern, nach dem Antrag der Regierung.

Peter Büchel : Es wurde von mir angeregt, auf 2 bis 3 Jahre zu verhandeln, der Abg. Gassner habe Antrag auf 3 Jahre gestellt. Die Verhandlungen haben gezeigt, dass die Bank auf 4 Jahren besteht. Man könne hier nicht einen Beschluss fassen auf eine unbestimmte Sache hin. Wenn es unser Wunsch wäre, dass die Bank schon nach 3 Jahren auszieht, so könnten wir keinen Beschluss fassen auf 4 Jahre. Der geradeste Weg wäre, die Regierung zu ermächtigen, den Vertrag so gut als möglich abzuschliessen. Es sei ein Handel und bei einem Handel werde immer irgend ein Kompromiss geschlossen. Wie er den Eindruck habe, sei die Mehrheit nicht gewillt, den Vertrag abzulehnen, also sei es der gegebene Weg, so gut als möglich abzumachen.

~~Wolfinger: Er sei mit der~~

Wolfinger: Er sei mit der Vertragsverlängerung einverstanden. Die Bank gehe doch nicht aus dem ~~Kanne~~ Lande. Es sei gescheiter, etwas zu nehmen, als nichts.

Marogg: Wir wissen, dass wir die Bank nicht verdrängen können, Die Bank werde die Summe aber irgend wo heraus schlagen. Was für Nachteile die Sparkasse aber erleide, wisse er heute noch nicht. Jeder Landesbewohner ist aber auf die Sparkasse angewiesen, nicht aber auf die Bank in Liechtenstein. Er könne sich mit dem Antrage nicht einverstanden erklären.

Wachter : Wir haben schon von Fachleuten gehört, dass die Geschäfte der Bank in Liechtenstein nicht die gleichen seien.Sie verfolge ein anderes Ziel als unsere Sparkasse. Solange sie Geschäfte machen könne, bleibe sie im Lande und nachher gehe sie wieder.Wir können die Vorteile, die die Bank geniesst, nicht stören. Allerdings hat sie den Vorteil mit dem Titel.

Gassner: Die Bedenken ~~Matt~~ Meroggs seien in gewissem Sinne begründet. Wir können das den Bürgern aber nicht ziffernmässig beibringen. Wenn die Bank nicht in unserem Hause sei, gehe sie halt in ein anderes. Als Abgeordneter könne er das Anbot nicht verneinen. Er stelle sich zum Antrage Büchel und man solle darüber abstimmen lassen.

Wachter : Er möchte dazu aber sagen, dass man die Bank auch an den Akt, mit dem sie um die Konzession angesucht habe, erinnere.

Regierungschef: Er habe gestern alle Trümpfe ausgespielt und er hätte daher gerne einen Abgeordneten mitgenommen. Er habe alles gesagt, was bei den Verhandlungen ~~ge~~ver sprochen wurde. Darauf habe man ihm erwidert, dass man das in Aussicht gestellt habe,aber es sei eben kein Versprechen.

Peter Büchel: Er möchte nur daran erinnern, dass die Bank schon bei der Konzessionierung sehr klug gewesen sei. Von der Triesenberger Strasse habe sie nichts gesagt, dagegen aber von der Riedentwässerung. Vielleicht könnte man die Bank daran erinnern. Die Bank war klug und wird es auch in Zukunft sein. Wenn wir die Verbindung abbrechen, werde die Bank doch bleiben. Wo sie auch sei, die Leute werden die Bank finden,oder sonst werde die

Bank die Leute finden. Unsere Sparkasse sei ein eine Spar- und Leihkasse mit Bankbetrieb. Wenn wir die Sparkasse aber so betreiben wollten, wie die Bank, dann müssten wir ganz andere Leute an die Sparkasse tun und hätten das Risiko, dass das Land verkrachen könnte.

Regierungschef: Er habe nicht die Auffassung, dass die Regierung die Sache mache, sondern der Landtag soll die Sache heute machen. Wir halten es für besser, wenn der Landtag die Abstimmung mit ja oder nein vornimmt. Kollege Gubelmann werde damit einverstanden sein.

Gubelmann : ist damit vollkommen einverstanden.

~~Marxer~~ Vizepräsident: bringt den Antrag Büchel noch einmal vor.

Wachter : Er sehe das als eine Wortklauberei an, gemeint sei, dass die Regierung abschliesse und wenn möglich, noch einen günstigeren Erfolg erreiche.

Vizepräsident: lässt darüber abstimmen, wer dafür sei, dass die Regierung ermächtigt werden soll, den Vertrag mit der Bank so gut als möglich abzuschliessen.

Abstimmung : Alle gegen die Stimme Maroggs (Walser, Beck, und Bargetze sind bei der Abstimmung abwesend.)

Dr. Beck übernimmt ~~übexx~~ übernimmt wieder den Vorsitz.

Peter Büchel: Ihm sei Seite 7, Landwirtschaft, Bedenken aufgestiegen, ob Frommelt Gehalt oder Wartegeld habe.

Präsident= stellt fest, dass Frommelt Wartegeld beziehe.

Peter Büchel: ~~Ihm~~ Er habe gestern gesagt, dass, wenn ein gewisser Wunsch nicht erfüllt sei, er ~~gegen~~ nicht für die Vorlage stimme. Er stelle fest, dass er sich der Stimme enthalte, er stimme aber nicht gegen den Voranschlag, und das Finanzgesetz.

Präsident: Abstimmung. Angenommen mit allen Stimmen bei einer Enthaltung.

Landtagsrechnung: Er erhalten:

Präsident:	215	Bargetze	147.30
Marxer	254	Matt	326
Gubelmann	131	Kaiser	354
Quaderer	100.30	Wolfinger	72.45
Frick	405.40	Gassner	175

Marogg	156	Walser	84
Wachter	154.30	Peter Büchel	132
Büchel-Rugell	136.50.		

Präsident: frägt an, ob noch jemand etwas gegen diese Rechnung einzuwenden habe.

Gubelmann: Er habe noch 1 Protokoll zu recht.

Präsident: Diese Rechnung sei nur für das 2. Halbjahr 1924.

Er erklärt die Rechnung als genehmigt.

Landesausschuss-Wahl:

Präsident: liest die Bestimmungen der Verfassung.

Walser : schlägt für den Landesausschuss die bisherige Finanzkommission vor.

Präsident: lässt schriftliche Abstimmung vornehmen.

Ergebnis:	Frick	12 Stimmen
	Bargetze	9 Stimmen
	Matt	12 Stimmen
	Kaiser	12 Stimmen

(der Präsident gehört von Amtswegen in den Ausschuss).

Weitere Stimmen haben erhalten:

Marogg	2
Büchel Ruggell	4
Dr.Beck	3
Wolfinger	1
Marxer	1
Peter Büchel	1
Wachter	2
Walser	2
Gassner	1
~~ungx~~ ungiltig	1.

Präsident: Es käme jetzt noch die Berichtigung der angefochtenen Protokolle.

Walser : schlägt vor, die Protokolle jetzt zu berichtigen.

Peter Büchel: Er habe betont, er verlange nur soweit Richtigstellung, dass ~~in~~ alles in Ordnung sei. Wegen ihm könne auch der Landesausschuss die Richtigstellung vornehmen. Er wünsche

nur soweit Richtigstellung, als sich die Schriftführer erinnern. Der Landtag könne die Protokolle genehmigen. Er glaube nicht, dass es am Platze sei, den Landtag solange hinzuhalten.

Walser : Wenn schon Büchel immer sage, dass er vergesslich sei, so sollen die Protokolle jetzt berichtigt werden. Das soll jetzt geschehen, gerade in diesem Falle, wo es sich um schwerwiggende Vorwürfe handle. Es soll jeder dazu Stellung nehmen können.

Er könne sich beispielsweise erinnern, dass Büchel bestimmte Ausdrücke brauchte. Er könne sich aber nicht erinnern, dass Büchel verschiedene Beispiele aufgeführt haben. Der Vorgang Büchels passe ihm nicht. Ein Mitglied des Landtages könne sich gegen Vorwürfe wehren, nicht aber Sekretär Nigg. Diesem sei es verwehrt, sich gegen Anwürfe zu verwehren, die ausserhalb des Landtagssaales Ehrenbeleidigungen seien, sie sind es zwar auch so. Er könne auch Büchel nicht begreifen, einem Manne Sachen vorzuwerfen, dem man sonst nichts vorwerfen kann. Der Landtag müsse den Sekretär schützen.

Peter Büchel: Er protestiert, er sei ruhig vorgegangen.

Präsident: Er würde die Protokolle durchgehen und nachher vorlegen.

Peter Büchel: Was er zuerst gesagt habe, Strasse statt Trasse, könne ein Hörfehler sein. Das könne ihm niemand bestreiten, dass er Strasse gesagt habe. Die Abgeordneten mögen sich die Tragweite des Ausdruckes überlegen. In letzter Zeit sei viel Kritik über Forstmeister Hartmann ergangen. Er kritisiere nicht einen andern Mann, wenn er von dem Projekte nichts wisse. Er möchte das Wort abgeändert haben. Er habe nur von der Strasse gesprochen und den Strassenbau als Abgeordneter kritisiert.

Wachter: Wegen dieses Gegenstandes soll man sich nicht Stundenlange aufhalten.

Peter Büchel: Er frägt Büchel-Ruggell und Marxer-Eschen, ob er ihre Zuchtstiere genannt habe.

Büchel-Ruggell: Er könne sich nicht erinnern, an die Zuchtstiere, die Büchel erwähnt habe. Büchel habe einen Fall mit 78 und 71 Punkten

genannt. Er könne aber nicht behaupten, dass Büchel Ruggell gesagt habe, aber Fälle wurden genannt, ob aber von Ruggell könne er nicht behaupten.

Peter Büchel: möchte auch von Marxer-Eschen die Antwort.

Marxer : Dass von den Zuchtstieren gesprochen wurde, erinnert er sich, ob aber von Eschen, erinnert er sich nicht mehr.

Präsident: Er meine, man soll die Frage, in der der Finanzkommission prüfen. Er erinnere aber daran, wie die Protokolle früher geführt worden seien. Wenn das Protokoll ein Auszug sein soll, so müsse es ein richtiges Bild der Verhandlungen geben. Er habe viele Protokolle von Nigg durchgesehen und sei mit ihm zufrieden.

Walser : selbstverständlich hat nichts dagegen, dass alles aufgenommen wird, was gesagt worden ist. Es handelt sich hier aber um Beleidigungen gegen Sekretär Nigg, der sich nicht wehren kann.

Peter Büchel: er wolle Nigg nicht beleidigen, Er habe aber ein paar schlaflose Nächte gehabt und habe gesagt, dass er nicht mehr an den Sitzungen teilnehme, wenn es so weitergehe. Er habe schon vor den Sitzungen mit Nigg gesprochen und müsse auf der Berichtigung bestehen.

Walser : Wenn Büchel nur auf einer Richtigstellung bestehe, dann hätte man dazu nichts gesagt.

Präsident: Wir wollen die Protokolle richtig stellen, wenn etwas fehlt. Wenn niemand etwas dagegen hat, sollen Peter Büchel, die Schriftführer und Sekretär Nigg die Richtigstellung nach der Sitzung vornehmen. ----

Verfassungsgemäss muss der Landtag jedes Jahr geschlossen werden. Wir müssen eigentlich einen Schwanengesang auf das Jahr 1924 anstimmen. Das Jahr 1924 habe ein reichliches Mass Arbeit für die Abgeordneten gegeben. Er wolle nichts mehr in Erinnerung rufen. Im grossen Ganzen sei das Jahr aber für das Land ein gutes gewesen, in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht, wenn auch die Witterungsverhältnisse ungünstige gewesen seien. Wir wollen heute nicht aus einander gehen, ohne einander ein glückliches neues Jahr zu wünschen. Wir wollen hinüber gehen in ein

glückliches neues Jahr. Es sei immer üblich gewesen, an diesem Tage auch des Fürsten zu denken. Wir erfüllen eine Dankespflicht wenn wir dem Fürsten zum Jahreswechsel ein Glückwunschtelegramm senden. Er benütze auch den heutigen Tag, um auf Seine Durchlaucht unseren Landesfürsten ein dreifaches Hoch aufzubringen.

Seine Durchlaucht unser Landesfürst: lebe hoch,hoch,hoch.

Präsident wünscht allen ein glückliches neues Jahr. Er verliest das Handschreiben betreffend die Schliessung des Landtages.

Regierungschef: Er möchte nur kurz betonen, welch grosses Interesse der Fürst an den Arbeiten des Landtages nehme, Es sei staunenswert, wie ein Herr mit 84 Jahren alle Vorlagen noch studiere, Bemerkungen mache und Wünsche vorbringe, geistigen Anteil am Aufschwunge des Landes nehme. Der Fürst nehme an allem Anteil, wie man es selten finde. Er erinnere nur an das grosse Interesse, das der Fürst am Zollvertrage und an dessen Auswirkungen habe. Der Fürst liess sich aus allen Gebieten des Staatshaushaltes Referate halten. Er möchte nur kurz betonen dass der Fürst mit allen Neuerungen vollkommen einverstanden sei.

Namens Seiner Durchlaucht schliesst er den heurigen Landtag und wünscht allen Abgeordneten zum neuen Jahr bestens Glück.

Schluss ½ 11 Uhr.

Der Präsident: Die Schriftführer :

Aufgenommen :